



Sessionsbericht – Herbstsession

Rapport de session – Session d'automne

07. September bis 25. September 2020

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

Eine (ausser)ordentliche Herbstsession

Mit der Rückkehr in die heiligen Hallen des Bundeshauses sollte auch ein Stück Normalität zurückkehren in den Parlamentsalltag. Schon die vorseSSIONALE Fraktionssitzung verkam dann aber dank den neu installierten Plexiglasboxen zu einer Spezialübung, die mehr an ein Callcenter erinnerte als eine reguläre Fraktionssitzung. Nicht nur die Sitzungsumstände hatten sich im Bundeshaus geändert, sondern auch die Dichte des Sessionsprogrammes. Aufgrund der Corona-bedingten Verschiebungen in diesem Jahr mussten zusätzliche Abendsitzungen eingeplant und jegliche freien Zeitblöcke für Differenzbereinigungen in den Kommissionen genutzt werden. Als wäre das nicht bereits genug, hatten die Polparteien SP, Grüne und SVP in der Sommerpause nichts Besseres zu tun, als zusätzlich eine ausserordentliche Corona-Session einzufordern, die während der regulären Session auch noch eingeplant werden musste. Ausser heisser Luft resultierte dort wie üblich nicht viel Sinnvolles.

Apropos nicht viel Sinnvolles: Diese Session durfte sich das Parlament während mehreren Stunden mit der Verabschiedung der Legislaturplanung herumschlagen. Auch an dieser ausserordentlichen Übung zeigte sich erneut, dass sich die SP und SVP in der Schaumschlägerei in Nichts nachstehen. Beide versuchten verzweifelt ihr Parteiprogramm in die Legislaturplanung des Bundesrates hineinzuschreiben – zum guten Glück nur mit mässigem Erfolg. Es zeigte sich daran aber einmal mehr, dass die Abschaffung dieser nicht-bindenden Verwaltungsaufgabe keinen Mehrwert bringt und eine Abschaffung in einer Krise nötiger denn je macht. Einerseits um Steuergelder zu sparen und andererseits, um Zeit für wichtigere Traktanden freizuschaukeln. Die FDP bleibt dran und hat bereits im Sommer den passenden Vorstoss dazu lanciert!

Es kann aber beruhigend festgestellt werden, dass in dieser Session auch sehr viel Wertvolles diskutiert und verabschiedet wurde. So konnte das Parlament den Tatbeweis erbringen, dass dringliche und zwingende Vorlagen wie das Covid-19-Gesetz im Schnellverfahren durchberaten werden können. Mit einem Sondereffort wurde das Gesetz in fünf Kommissionen gleichzeitig vorberaten und dann innerhalb der drei Sessionswochen durch drei Differenzrunden in beiden Räten bereinigt. Diese ausserordentliche Leistung war unter anderem notwendig, weil die Unterstützungsmassnahmen zugunsten der von der Corona-Krise direkt und indirekt Betroffenen Mitte September auslaufen. Nicht ausgeschlossen, dass in diesem Schnellverfahren einige Beschlüsse nicht ausgetrennt waren. Zumindest konnte die FDP dazu beitragen, dass nicht alle Schleusen komplett geöffnet wurden und die Unterstützungsmassnahmen nur für Härtefälle und befristet gelten werden.

1. Ein neues CO₂-Gesetz als Meilenstein auf dem Weg zu Netto-Null 2050

Das Parlament hat in der Herbstsession mit der deutlichen Annahme des CO₂-Gesetzes in der Schlussabstimmung einen wichtigen Schritt hin zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens gemacht, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht. Das neue CO₂-Gesetz umfasst dank der FDP ein breites Massnahmenpaket zugunsten eines wirksamen Klimaschutzes und ambitionierte Zielsetzungen für die Schweiz. So kann das Ziel der Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 erreicht werden, was einen wichtigen Meilenstein für das Netto-Null-Ziel bis 2050 bedeutet.

Nachdem beide Kammern in den letzten zwei Jahren intensiv über die Details dieser Vorlage gestritten hatten, ging es in der Herbstsession vor allem noch um die Bereinigung der letzten Differenzen. Zu reden gaben noch einige Details. Im Fokus stand z.B. die Umweltabgabe bei Privatflügen. Umstritten war, wie hoch die Abgabe für Privatjets sein soll. Geeinigt hat man sich am Schluss bei 500 bis 3000 Franken pro Abflug. Die Schlussversion des neuen CO₂-G umfasst schliesslich einen breiten Blumenstrauß aus Massnahmen, mit dem alle Bereiche ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten werden. Mit den ambitionierten Emissionszielen für die Fahrzeuge, den strengeren Kompensationsleistungen für die Treibstoffimporteure oder der Flugticketabgabe leistet der Verkehr einen wichtigen Beitrag. Die Gebäude wiederum erhalten mehr Anreize über den Klimafonds und neue, ambitionierte Zielwerte auf nationaler Ebene. Mit dem im internationalen Vergleich grosszügig ausgestatteten Klimafonds werden zudem vermehrt Mittel für die Erforschung neuer Technologien – beispielsweise synthetisches Kerosin – zur Verfügung stehen. Dies dient dem Innovationsstandort Schweiz langfristig und wird zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen. Schliesslich kann die Industrie mit der Ausweitung der Zielvereinbarungen auf alle Unternehmen noch mehr leisten, als sie bereits bisher gemacht hat.

Das Referendum wurde am Schluss der Beratung, wie angekündigt, von der SVP angekündigt und darum ist die Mehrheitsfähigkeit der Vorlage so wichtig. Es nützt dem Klima herzlich wenig, sollte die Vorlage an der Urne abgelehnt werden. Dank der grossen Mithilfe der FDP sollte dieses Ziel erreicht worden sein.

2. Ständerat will Industriezölle abschaffen

Der Bundesrat will die Industriezölle abschaffen, um die Wirtschaft zu entlasten und greift damit einen Vorschlag der FDP auf. Der Nationalrat hatte den Schritt im Juni abgelehnt. Der Ständerat jedoch ist nun erfreulicherweise deutlich auf die Vorlage eingetreten (29 zu 14 Stimmen) - gegen den Willen seiner vorberatenden Kommission.

Konsumenten und Unternehmen sind mehr denn je darauf angewiesen, dass die Politik unnötige Kosten und Bürokratie abbaut. Die Abschaffung der Industriezölle ist nun eine gute Gelegenheit. Dieses Relikt aus der Vergangenheit belastet Jahr für Jahr die importierenden Unternehmen mit Kosten von 500 Millionen Franken und verteuert Konsumprodukte um 350 Millionen. Deren Abschaffung wäre ein einfaches und unbürokratisches Mittel, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Gerade das Gewerbe und die Industrie würden die wichtige Möglichkeit erhalten, Vorleistungen im Ausland massiv günstiger einzukaufen. Für Unternehmen besonders ärgerlich ist auch, dass dank Verträge heute eigentlich bereits 75% der Zölle hinfällig wären, die effektive Befreiung von diesen Kosten wegen bürokratischen Hürden aber nicht umgesetzt werden kann. Als international vernetzte Wirtschaft müssen wir unbedingt den freien Handel ankurbeln und uns gegen Protektionismus stemmen. Eine Zollabschaffung führt zwar kurzfristig zu Einnahmeausfällen, aber der Bundesrat schätzt die positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte der Massnahme auf rund 860 Millionen.

Mit dem Eintreten auf die Vorlage zur Abschaffung der Industriezölle hat der Ständerat ein Zeichen der Unterstützung in Richtung Wirtschaft und Konsumenten gesendet. Nun geht die Vorlage in die Ständerätliche Kommission für die Details. Danach geht sie zurück an den Nationalrat, welcher sie im Juni noch mit 108 zu 83 Stimmen abgelehnt hat. Stimmt er zweimal dagegen, ist diese vom Tisch. Die FDP hegt die Hoffnung, dass die grosse Kammer die Entlastung doch noch beschliesst. Gerade linke Kreise sollten nicht nur lauthals Konjunkturpakete fordern, sondern Hand bieten für konkrete und einfach

umsetzbare Entlastungen. Neben dieser wichtigen Entlastung fordert die FDP weitere Massnahmen für eine [widerstandsfähige Wirtschaft](#) und für einen [flexiblen und starken Arbeitsmarkt](#).

3. Loi sur le Covid

Depuis le 13 mars, le Conseil fédéral a édicté plusieurs ordonnances visant à surmonter la crise du coronavirus. Une loi est nécessaire afin que ces dispositions ne deviennent pas caduques six mois après leur entrée en vigueur. Le PLR a soutenu cette loi, notamment parce que sa validité a été limitée à fin 2021.

Contrairement à ce que prévoyait le projet du Conseil fédéral, les entreprises durement touchées par les conséquences de la pandémie, en particulier dans les secteurs de l'événementiel, du tourisme et des voyages, pourront être soutenues, à condition que les cantons apportent une contribution et que certaines conditions soient remplies, notamment en termes de chute du chiffre d'affaire. Le PLR s'est engagé sans succès contre l'octroi de contributions à fonds perdus, aides qui créeraient des inégalités avec d'autres entreprises n'ayant obtenus que des crédits.

Indépendants, employeurs, et travailleurs sur appel disposant d'un contrat à durée indéterminée, pourront bénéficier d'indemnités en cas de réduction de travail, de même que les personnes ayant dû réduire de manière significative leur activité. L'APG ne sera toutefois versée que si une perte de gain peut être établie.

Les ligues professionnelles de football et de hockey sur glace seront également aidées. Elles pourront bénéficier de prêts sans intérêts. La culture recevra quand elle une enveloppe de 100 millions de francs. Le PLR s'était prononcé pour la version du Conseil fédéral, à savoir 80 millions.

4. Alternative zu den Volksinitiativen zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln

Der Ständerat will weniger Risiken für das Trinkwasser wegen Pestiziden aus dem Pflanzenschutz. Die Trinkwasser-Initiative und auch die Pestizidverbots-Initiative lehnt er ab (29:8:4 und 28:9:4). Er hat stattdessen einen eigenen Weg mit einem Absenkpfad gewählt.

Ausgearbeitet hat den Gesetzesentwurf, der die Risiken des Einsatzes von Pestiziden reduzieren soll, die Wirtschaftskommission (WAK) des Ständerates. Formell ist dieser zwar kein indirekter Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative und zur Pestizidverbots-Initiative. Die WAK wollte aber die Kernanliegen der Volksbegehren erfüllen. Der Ständerat stimmte der parlamentarischen Initiative der WAK weitgehend zu; er hiess den Vorschlag mit 36 zu 3 Stimmen aus der SVP und bei 3 Enthaltungen gut. Die FDP unterstützt das Vorgehen der WAK-S. Der Gesetzesvorschlag geht nun an den Nationalrat, der über die Initiativen bereits entschieden hat.

Kernpunkt der Vorlage ist, die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbundenen Risiken für Flüsse und Seen, naturnahe Lebensräume und als Trinkwasser genutztes Grundwasser bis 2027 um 50 Prozent zu reduzieren. Als Referenzwert dient das Mittel der Jahre 2012 bis 2015. Im Rat war dieser Vorschlag unbestritten. Weiter enthält die Vorlage eine Verstärkung des Gewässerschutzes. Entsprechend will der Ständerat das Gewässerschutzgesetz ergänzen. Eine emotionale Debatte entfachte sich hingegen um den Antrag der WAK zur Reduktion des Eintrags von Stickstoff und Phosphor aus der Landwirtschaft. Bis 2025 sollte er um 10 Prozent und bis 2030 um 20 Prozent zurückgehen. Referenzwert wäre das Mittel der Jahre 2014 bis 2016 gewesen. Die WAK hatte diese Bestimmung aus der Agrarpolitik 22+ des Bundesrates herausgenommen und ganz zuletzt noch in ihre Vorlage eingefügt. Die Agrarpolitik 22+ selbst will sie sistieren - der Entscheid des Ständerates dazu steht noch aus. Beschlossen wurde nun eine "angemessene" Reduktion der Stickstoff- und Phosphorverluste bis 2030. Referenzwert sind die Jahre 2014 bis 2016.

5. Was lange währt, wird endlich gut: Neues Datenschutzgesetz verabschiedet

Nach beinahe dreijähriger Beratungszeit hat das Parlament die Totalrevision des Datenschutzgesetzes verabschiedet. Die Totalrevision des Datenschutzrechts verfolgt zwei Zielsetzungen: Einerseits sollen die Schwächen des alten Datenschutzgesetzes, die aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung entstanden sind, behoben werden. Andererseits soll die Totalrevision den rechtlichen Entwicklungen auf der Ebene des Europarats und der Europäischen Union Rechnung tragen. Eine mit den europäischen Standards äquivalente Datenschutzgesetzgebung ist sowohl im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wie auch der datenverarbeitenden Wirtschaft.

Ein solider Datenschutz ist ein grundliberales Anliegen (Stichwort «gläserner Bürger») und das Gesetz ist von hoher wirtschaftlicher Bedeutung. Die FDP hat sich deshalb in der Staatspolitischen Kommission stark für ein Datenschutzgesetz, das den europäischen Standards entspricht und gleichzeitig auf jeglichen «Swiss finish» verzichtet, eingesetzt. Ein «Swiss finish» würde für die Firmen bedeuten, dass sie sich an doppelten Standards orientieren müssten, was zu Mehraufwänden führen würde. Die Datenverarbeitung aber kennt keine Landesgrenzen, daher ist die Kompatibilität mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die Wirtschaft zentral.

Bis zum Schluss wurde zwischen den Räten um die Regelung des «Profiling» gerungen. Insbesondere die Ratslinke sah im «Profiling» eine grundsätzlich risikobehaftete Art der Datenverarbeitung. Sie ging dabei von einer falschen Prämisse aus, denn «Profiling» an sich ist nicht risikobehaftet, sondern höchstens das Resultat daraus. Letztlich setzte sich in der Einigungskonferenz eine aus dem Ständerat stammende Doppeldefinition von normalem «Profiling» und «Profiling mit hohem Risiko» durch, mit der am Ende die meisten Akteure leben können. Diese Regelung entspricht der heutigen Praxis. Entscheidend ist letztlich, dass das Gesetz nun vom Parlament verabschiedet wurde. Als nächstes steht die Äquivalenzprüfung durch die EU an.

6. Entwicklungshilfe 2.0

Nach dem Nationalrat stimmt auch der Ständerat der Entwicklungshilfestrategie für die Jahre 2021-2024 zu. Mit der neuen IZA-Botschaft geht eine Neuausrichtung der internationalen Zusammenarbeit einher, die von Bundesrat Ignazio Cassis erfolgreich aufgegleist wurde. Die Neuausrichtung besteht vor allem in der geographischen und thematischen Fokussierung. Eine Konzentration der Schweizer Mittel auf weniger Projekte und weniger Länder in Verbindung mit einem klaren Themenfokus erhöht die Wirksamkeit der Schweizer Hilfe. Entwicklungshilfe ist nicht Selbstzweck, sondern muss eine Wirkung für die Menschen erzielen. Ein gezielter und effizienter Einsatz der Mittel ist im Interesse aller.

Die Strategie setzt die richtigen Themenschwerpunkte, angefangen beim wirtschaftlichen Fokus: Der Schlüssel zu einer positiven Entwicklung eines Landes liegt in der Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Perspektiven für die Menschen vor Ort. Die Entwicklungshilfe kann hier einen Beitrag leisten, indem sie etwa den Aufbau von Strukturen unterstützt, die für eine funktionierende Wirtschaft notwendig sind. Gerade für uns als FDP ist der liberale Ansatz von "Privat-Public-Partnership" zu begrüßen und weiter zu fördern. Nicht weniger wichtig sind die Themenschwerpunkte Klimawandel und Migration – beides globale Phänomene. Die FDP fordert schon lange eine klarere Verbindung von entwicklungs- und migrationspolitischen Zielen.

Die Räte stimmten dem vom Bundesrat beantragten maximalen Finanzrahmen von 11,252 Milliarden für die nächsten vier Jahre zu. Damit bewegen sich die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit auf einem ähnlichen Niveau wie in den vergangenen vier Jahren. Diverse Erhöhungs- und Kürzungsanträge wurden von den Räten abgelehnt. Erhöhungen wären in Zeiten von ausserordentlichen Corona-Ausgaben nicht zu rechtfertigen. Die FDP hat jede Erhöhung abgelehnt und sich für den vom Bundesrat vorgeschlagene Finanzrahmen ausgesprochen.

7. Nein zur populistischen 99%-Initiative

Der Nationalrat hat die 99-Prozent-Initiative der Juso beraten. Er empfiehlt die Initiative mit 123 zu 62 Stimmen zur Ablehnung. Mit dem gleichen Stimmverhältnis scheiterten SP und Grüne auch mit ihrem Gegenvorschlag.

Die JUSO schüren mit ihrer Initiative den Klassenkampf. Sie präsentieren einmal mehr eine extreme Initiative, welche unsere erfolgreiche Schweiz unnötig spaltet und die Realität auf äusserst populistische Weise verzerrt. Bereits heute gibt es eine ausgeprägte Umverteilung im Steuersystem: Die einkommensstärksten zehn Prozent der Steuerzahlenden in der Schweiz bezahlen 78% der Steuereinnahmen. Allein das oberste Prozent, auf welches die JUSO die Jagd eröffnet hat, bezahlt 40%. Im internationalen Vergleich wird bei uns das Vermögen im Verhältnis zur Arbeit bereits heute sehr hoch besteuert. Eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen würde die Standortattraktivität verschlechtern, hätte negative Anreize für Vermögensbildung und würde dadurch mittelfristig das volkswirtschaftlich pro Arbeitskraft zur Verfügung stehende Kapital verringern. Das hätte nicht zuletzt für Lohnabhängige negative Konsequenzen.

Fakt ist: Die Initiative wäre gerade für KMU, welche in einer Aktiengesellschaft organisiert sind, sehr schädlich und würde für die Betroffenen eine extreme Steuererhöhung bedeuten. Dabei wurde die Teilbesteuerung der Dividenden eigentlich geschaffen, um Familienunternehmen von einer Doppelbesteuerung zu entlasten. Auch Start-ups würden getroffen, weil ihnen durch die hohe Steuerbelastung die Mittel entzogen würden. Dabei wären Entlastungen gerade in der jetzigen Zeit eigentlich lebenswichtig für KMU.

Anstatt aus reiner sozialistischer Ideologie die verschiedenen Bevölkerungsteile gegeneinander auszuspielen, sollten wir uns auf die Stärken der Schweiz und ihren Zusammenhalt konzentrieren. Die Schweiz ist nämlich nach wie vor das europäische Land mit der ausgeglichensten Einkommensverteilung – bereits vor Steuern und Unterstützungszahlungen (und erst recht danach). Dies verdanken wir einem attraktiven Wirtschaftsstandort und einem hervorragenden Bildungssystem. Die FDP wird sich weiterhin für diese zukunftssträchtigen Investitionen einsetzen. Und sie wird sich dafür engagieren, dass die Bevölkerung die populistische Initiative ablehnt – wie sie es schon mit anderen sozialistischen Ideen getan hat: der Erbschaftssteuer, dem Mindestlohn, der 1:12-Initiative und der Forderung nach sechs Wochen vom Arbeitgeber bezahlten Ferien.

8. Die Kulturbotschaft und die «lex netflix»

National- und Ständerat haben sich auf den grössten Teil der Kulturbotschaft 2021-2024 geeinigt. Diese umfasst insgesamt fünf Gesetzesänderungen und acht Finanzierungsbeschlüsse. Die Kredite summieren sich nun auf 957 Millionen Franken. Da vor allem die budgetrelevanten Anteile der Botschaft bis Ende Jahr fertig beraten sein müssen, wurde die Kulturbotschaft in dieser Session grösstenteils bereits von beiden Räten beraten. Nur das Filmgesetz wurde vom Ständerat noch ausgespart. Als mit Abstand umstrittenste Vorlage der Botschaft, hatte der Ständerat als offizieller Zweitrat beschlossen, die Revision des Filmgesetzes aufzuschieben und erst im kommenden Quartal in Angriff zu nehmen. Damit wollte er rechtzeitige Verabschiedung der restlichen Kulturbotschaft sicherstellen. Betreffend die übrigen Gesetzesrevisionen und Finanzierungsbeschlüsse konnten die Räte sich relativ zügig einigen. Zuletzt ging es noch kleinere Differenzen um Finanzhilfen durch das Bundesamt für Kultur, sowie um die Aufstockung der Mittel für den Austausch zwischen den Sprachregionen. In beiden Fragen konnten sich die Räte jedoch schlussendlich einigen und die Kulturbotschaft, mit Ausnahme des aufgeschobenen Filmgesetzes, in dieser Session verabschieden.

Die meiste mediale Aufmerksamkeit bei der Beratung der Kulturbotschaft bekam die von Medien als «lex netflix» betitelte Revision des Filmgesetzes, welche der Nationalrat gleich zu Beginn der Session in Angriff nahm. Mit der Änderung des Filmgesetzes sollen gemäss dem Bundesrat ausländische Streaming-Dienste wie Netflix und ausländische Fernsehsender mit Schweizer Werbefenster verpflichtet werden, 4% ihrer Einnahmen in das Schweizer Filmschaffen zu investieren oder eine entsprechende Ersatzabgabe zu leisten. Die FDP wehrte sich gegen dieses Vorhaben. Dieses würde den Standort

Schweiz durch grössere Auflagen verteuern und hätte zur Folge, dass die Kosten der Anbieter auf die Kunden abgewälzt würden. Der Nationalrat lenkte ein und entschied mit 97 zu 91 Stimmen bei 3 Enthaltungen und der geschlossenen Unterstützung der FDP, den Satz von 4% auf 1% zu senken. Erwirkt werden konnte zudem, dass neben der SRG auch regionale Fernsehveranstalter mit oder ohne Konzession von der Abgabe ausgenommen sind und auch Netzbetreiber, über welche Kunden den Zugang zu den Filmen beziehen, von der Pflicht befreit sein sollen.

Der andere grosse Störfaktor der Revision ist die vorgesehene Einführung einer Pflichtquote von 30% des angebotenen Filmkatalogs für europäische Filme. Die FDP wehrte sich dagegen, Konsumentinnen und Konsumenten gesetzlich vorzuschreiben, was sie schauen können und was nicht. Allerdings konnte sie im Nationalrat keine Mehrheit finden. Die 30% Quote für europäische Filme wurde vom Nationalrat mit 107 zu 82 Stimmen bei 2 Enthaltungen entgegen der grossen Mehrheit der FDP-Fraktion angenommen. Schliesslich wehrte sich die FDP im Nationalrat vergeblich dagegen, dass Filmfestivals, welche einem gewinnorientierten Unternehmen gehören, von einer Subventionierung ausgeschlossen sein sollen. Eine Regelung, welche de facto nur das Filmfestival Zürich betrifft und dieses von der Förderung ausschliesst. Der entsprechende Streichungsantrag der FDP wurde knapp mit 97 zu 92 Stimmen abgelehnt. Das Filmgesetz geht nun zur Zweitberatung in den Ständerat.

9. Die BFI-Botschaft auf der Zielgeraden

Alle vier Jahre legt der Bundesrat dem Parlament eine Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation vor. Darin wird Bilanz über die laufende Periode gezogen, und es werden die Ziele und Massnahmen der neuen Förderperiode festgelegt. Nach dem Ständerat war es nun am Nationalrat sich über die sogenannte BFI-Botschaft zu beugen. Da die Vorlage bis Ende Jahr fertig beraten sein muss, fand zudem bereits auch die erste Differenzbereinigung zwischen den Räten statt.

Für die Jahre 2021–2024 hatte der Bundesrat ein Finanzvolumen von 28 Milliarden Franken beantragt. Dies waren aufgrund der in der Botschaft umschriebenen Vorhaben im Bereich der Digitalisierung bereits rund zwei Milliarden mehr als in der Periode bis Ende Jahr. Der Ständerat erhöhte sodann bei seiner Erstberatung im Sommer diese Summe vor allem zu Gunsten der Innosuisse auf rund 28,1 Milliarden Franken. Die grosse Kammer stimmte in dieser Session den Erhöhungen des Ständerats zu und stockte die Fördermittel hauptsächlich im Bereich der Berufsbildung nochmals um insgesamt 53 Millionen auf. Wie bereits der Ständerat zuvor hat es auch der Nationalrat abgelehnt, bis zur Klärung der Teilnahmebedingungen zu Horizon Europe und der Nachfolgelösung für die Erasmus-Programme einen Teil der BFI-Mittel sperren zu können. Der Bundesrat wollte sich diese Option offenhalten für den Fall, dass die BFI-Ausgaben zusammen mit jenen für die EU-Programme zu stark steigen. Nach der ersten Runde der Bereinigung zwischen den Räten blieben nur noch wenige Differenzen. Unter anderem sind sich die Räte noch nicht über die Aufstockung des Kredits für die berufliche Bildung einig. In der Wintersession wird die Differenzbereinigung weitergeführt werden.

Für die FDP sind Bildung, Forschung und Innovation prioritäre Themen. Sie setzte sich daher in beiden Räten gegen kontraproduktive Kürzungen und für gezielte Erhöhungen der Beiträge vor allem im Bereich der Innovationsförderung und Weiterbildung ein. Gerade in Krisenzeiten gilt es in die Innovation zu investieren. Zudem ist eine Stärkung der Weiterbildung im Sinne des «lebenslangen Lernens» essentiell, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

10. Paquet d'aide aux médias

La baisse des recettes publicitaires ou encore les nouveaux modes de consommation - sans oublier la crise du coronavirus - confrontent les prestataires médiatiques à d'importants défis. Les médias ont besoin d'un soutien. Le PLR est favorable à une réduction du coût de la distribution postale (soutien indirect à la presse). Contrairement au financement direct, celui-ci n'est lié à aucun critère de contenu, ce qui garantit son indépendance. Nous sommes également prêts à discuter d'une augmentation du financement pendant cette phase de transition difficile. S'il avait accepté de scinder le paquet média, le Conseil national aurait pu, d'une part, rapidement soutenir la presse avec cette augmentation et, d'autre

part, donner à la Commission des transports et des télécommunications le temps de clarifier différentes questions controversées relatives au soutien aux médias en ligne. Leur octroyer un soutien créerait en effet un lien financier qui mettrait en péril leur indépendance et cimenterait le marché. Bien que le marché des médias en ligne soit très concurrentiel, il assure une grande diversité. L'intervention de l'État est dès lors difficilement justifiable. La scission du paquet ayant été rejetée par la majorité de centre-gauche du National, l'aide à la presse est retardée et l'ensemble du paquet est désormais menacé.

11. Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht Gesamterneuerung 2021-2026: Die Vereinigte Bundesversammlung hat am 23. September 2020 alle wieder angetretenen Bundesrichtern und Bundesrichter gewählt – auch den von der SVP zur Abwahl empfohlene Yves Donzallaz. Wegen des Rücktritts von Bundespräsident Ulrich Meyer (SP) wurde neben den 37 bisherigen Christoph Hurni (GLP) als neuer Bundesrichter gewählt. Zudem fanden Ergänzungswahlen von sechs nebenamtlichen Richterinnen und Richtern statt. Es wurden gewählt: Christine Arndt (SVP), Céline Courbat (SVP), Jeremias Fellmann (SP), **Matthias Kradolfer (FDP)**, **Vincent Martenet (FDP)**, Catherine Reiter (Grüne).

Aufsichtsbehörde Bundesanwaltschaft: Für den Rest der Amtsperiode 2019-2022 wurde zudem Marc Thommen als Fachperson in die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft gewählt.

Begnadigungsgesuch: Die Vereinigte Bundesversammlung hat das Begnadigungsgesuch eines Tschechen, der wegen Betrugs und Geldwäscherei verurteilt worden ist, abgelehnt. Ein Begnadigungsgesuch kommt selten vor – zuletzt war dies 2008.

Ausserordentlicher Bundesanwalt: Zum ausserordentlichen Bundesanwalt wurde Stefan Keller gewählt. Keller hatte zuvor als ausserordentlicher Staatsanwalt die Aufhebung der Immunität von Bundesanwalt Michael Lauber durchgesetzt. In seiner Funktion soll er gegen Lauber, Fifa-Präsident Gianni Infantino und den Walliser Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold ermitteln.

12. Geschäfte beider Räte

Corona-Kredite: Die Nachtragskredite zur Bewältigung der Corona-Krise sind im Parlament unbestritten. Auch die FDP hat diese unterstützt. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Kreditranche von 770 Millionen Franken zugestimmt. Davon sollen 288,5 Millionen Franken für Corona-Tests aufgewendet werden, 221,3 Millionen Franken für eine zusätzliche Einlage in den Bahninfrastrukturfonds und 150 Millionen Franken für Skyguide. Bisher hat der Bund zur Bewältigung der Krise rund 18 Milliarden Franken ausgegeben, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. Die grössten Kosten verursachten Kurzarbeitsentschädigungen.

Vorläuferstoffe: Privatpersonen sollen weniger leicht Zugang haben zu Chemikalien, aus denen sich Bomben bauen lassen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat ein Gesetz gutgeheissen, mit dem der Kauf bestimmter Substanzen erschwert wird. Gewisse Produkte, in welchen sogenannte Vorläuferstoffe enthalten sind, können von Privaten nur noch mit Bewilligung gekauft werden. Entscheidend für die Bewilligungspflicht ist die Konzentration. Die EU hat den Zugang zu Vorläuferstoffen bereits 2014 eingeschränkt. Hintergrund der Regulierung sind verschiedene Terroranschläge, bei welchen selbstgemachte Sprengstoffe eingesetzt wurden. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung. Die FDP sprach sich einstimmig für das Gesetz aus.

Terrorismusbekämpfung: Im Kampf gegen den Terrorismus wird das Strafrecht verschärft. Der Ständerat hat am Mittwoch die letzten Differenzen ausgeräumt. Zuletzt ging es noch um die vorzeitige Informationsübermittlung und eine Ausnahme für humanitäre internationale Organisationen («Lex IKRK»). Der Nationalrat hatte eine explizite Ausnahme für humanitäre Organisationen ins Gesetz eingefügt, insbesondere für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Die FDP hat dies abgelehnt, weil sonst Terroristen unter dem Deckmantel einer humanitären Organisation agieren

könnten. Es geht zum Beispiel um Fälle, in welchen humanitäre Transporte für Waffenlieferungen missbraucht werden. Der Ständerat hatte diese Ausnahme zunächst ebenfalls abgelehnt, hat dann aber einem Kompromissantrag zugestimmt. Eine zweite Differenz bestand bei der Übermittlung von Informationen. Hier preschte zunächst der Ständerat mit einer restriktiveren Regelung den Austausch von Informationen betreffend vor. Der Nationalrat stellte sich (inkl. FDP) dagegen. Am Ende obsiegte auch hier ein Kompromissvorschlag.

Informationssicherheit: Das neue Informationssicherheitsgesetz soll die Sicherheit von Informationen beim Bund verbessern. Die Räte haben sich weitgehend über die Vorlage geeinigt. Umstritten bleibt der Einsatz der AHV-Nummer zur Identifikation von Personen. Die Mehrheit des Nationalrates lehnt das ab. Daran hat er bei der zweiten Beratung der Vorlage festgehalten. Stattdessen will er eine von der AHV-Nummer abgeleitete Nummer zur Identifikation verwenden. Die FDP spricht sich in beiden Räten für die Verwendung der AHV-Nummer als Identifikator aus. Eingelenkt hat der Nationalrat hingegen in einem anderen Punkt: Zunächst wollte er den Bundesrat verpflichten, seine Ziele und die Kosten den Kommissionen zur Konsultation vorzulegen. Damit sollte verhindert werden, dass die Umsetzung allzu teuer und aufwendig wird. Das Geschäft, mit dem sich die vorberatenden Kommissionen lange Zeit schwer taten, steht damit kurz vor Abschluss (Schlussabstimmung voraussichtlich im Winter).

Projets pilotes cannabis: Des tests de distribution de cannabis récréatif pourront être menés dans les plus grandes villes de Suisse. Les Chambres ont adopté ce projet au vote final. Les recherches doivent permettre de comprendre le fonctionnement du marché et de combattre le marché noir. Il s'agit aussi de déterminer les effets, notamment sociaux, de la consommation de cannabis récréatif. Berne, Genève, Zurich, Bâle ou Bienne ont manifesté leur intérêt pour ces expériences. Les modèles doivent être testés avant d'entamer le débat sur la libéralisation ou non du cannabis. Le groupe libéral-radical a majoritairement soutenu ce projet.

Soutien financier au TP: Les entreprises de transports publics, touchées de plein fouet par le Covid-19, devraient recevoir un coup de pouce pour compenser leurs pertes financières. Le Parlement a unanimement soutenu une enveloppe de 700 millions de francs. Il a tenu à soutenir également le trafic local, touristique et le ferroutage. Le groupe libéral-radical a approuvé ce soutien.

13. Geschäfte des Nationalrats

Elektronische Steuerverfahren: Der Bundesrat will mit einer Gesetzesänderung elektronische Steuerverfahren voranbringen. Der Nationalrat hat der Vorlage zugestimmt, aber an einigen Punkten nachgebessert. So sollen die Kantone neben der Steuererklärung auf Papier auch rein elektronische Steuerverfahren anbieten müssen. Der Bundesrat möchte den Kantonen lediglich diese Möglichkeit geben. Auf der anderen Seite lehnt es der Nationalrat ab, dass der Bund bei Mehrwert- und Stempelsteuer elektronische Verfahren vorschreiben kann. Damit nimmt er Rücksicht auf die KMU. Die Vorlage geht zurück auf einen Vorstoss von SR Martin Schmid und die FDP unterstützt diese vollumfänglich. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Stimmrechtsalter 16: Der Nationalrat nimmt einen neuen Anlauf für die Einführung des Stimmrechtsalters 16. Er unterstützt eine parlamentarische Initiative aus der Grünen Fraktion. Die Staatspolitische Kommission (SPK) hatte die Initiative mit Stichentscheid des Präsidenten zur Ablehnung empfohlen. Die FDP lehnte das Anliegen mehrheitlich ab. Das Stimmrechtsalter sollte nicht gegen den Willen der Kantone gesenkt werden. Bisher lässt nur der Kanton Glarus ab 16-Jährige mitstimmen. In mehreren anderen Kantonen scheiterte das Anliegen vor dem Volk. Ausserdem erachtet die deutliche Mehrheit der FDP-Fraktion eine Trennung des Mündigkeitsalters und des Stimmrechtsalters für nicht sinnvoll. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Schengen-Mitgliedschaft: Der Nationalrat lehnt die Teilnahme der Schweiz an der ausgebauten Schengen-Datenbank SIS ab. Die Vorlage ist am Donnerstag der zweiten Sessionswoche am Widerstand einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen gescheitert. Letztlich brachten die enthaltenden

Stimmen der SP die Vorlage zu Fall. Das Nein der SVP war wegen der grundsätzlich europakritischen Haltung der Partei zu erwarten. Dass nun auch die SP auf diesen europakritischen Zug aufspringt und die Sicherheit der Menschen in der Schweiz gefährdet, ist bedenklich. Das SIS ist das wichtigste Fahndungsinstrument unserer Sicherheitsbehörden. Sie fahnden damit nicht nur nach Gegenständen, sondern vor allem auch nach vermissten (z.B. entführten) oder gesuchten (z.B. Terroristen) Personen. Ohne die Schengen-Zusammenarbeit im Allgemeinen und ohne Zugriff auf die Schengener Informationsdatenbank im Speziellen sind die Sicherheitsbehörden blind. Allein in der Schweiz wird die Datenbank täglich 250'000 Mal abgefragt. Ohne Weiterentwicklung des Schengener-Rechts droht der Wegfall dieses zentralen bilateralen Abkommens.

Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystem (Etias): Die EU erweitert die Möglichkeiten für präventive Kontrollen bei der Einreise in den Schengen-Raum. Das Parlament ist einverstanden damit, dass die Schweiz nachzieht. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Beteiligung am Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystem (Etias) zugestimmt. Mit diesem wird für nicht visumpflichtige Drittstaatenangehörige ein automatisiertes Sicherheitskontrollsystem für die Einreise in den Schengen-Raum eingeführt. Diese Personen müssen vor ihrer Reise online ein gebührenpflichtiges Gesuch um Erteilung einer Reisegenehmigung stellen. Dieses zweite Schengen-Geschäft dieser Session wurde wiederum von linker Seite torpediert, dank Zustimmung durch die SVP kam es aber zu keiner erneuten unheiligen Allianz. Die FDP sprach sich klar für diese Schengen-Weiterentwicklung aus.

Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative: Der Nationalrat tut sich weiterhin schwer mit Regeln für die Parteienfinanzierung. Er hat den von der Staatspolitischen Kommission ausgearbeiteten indirekten Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative mit 168 zu 18 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die FDP war massgeblich beteiligt an der Ausarbeitung des Vorschlags der SPK-N, der vorsah, dass Parteien und Komitees ihre Finanzen offenlegen, nicht aber die Namen der einzelnen Spender. Der Vorschlag hätte gerade bei Abstimmungskampagnen, wo die Finanzierung heute aufgrund einer Vielzahl aktiver Komitees sehr undurchsichtig ist, mehr Transparenz gebracht, weil die Offenlegungspflicht tiefer angesetzt war als in der Volksinitiative. Bezeichnenderweise haben die linken im Parlament dies abgelehnt, denn sie wollen die Breite einer Kampagne verschleiern. Gerade im linken Spektrum engagieren sich regelmässig viele kleinere Komitees in Abstimmungskämpfen. Der Vorschlag der SPK-N hätte zudem die verfassungsmässig geschützte Privatsphäre von Einzelspendern geschützt. Auch das lehnte die Linke ab, der es nur darum geht, grössere Spender zu skandalisieren. Im Nationalrat sprach sich letztlich lediglich die Mehrheit der FDP für diesen Vorschlag aus.

Armeebotschaft: Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat der Armeebotschaft 2020 zu. Die Armeebotschaft ist in diesem Jahr von besonders grosser politischer Tragweite, weil damit der nicht wie üblich nur der Finanzbedarf der Armee für das nächste Jahr ausgewiesen, sondern darüber hinaus auch der Zahlungsrahmen für die Jahre 2021 bis 2024 festgelegt wird. Das Parlament gibt grünes Licht für Investitionsplanung der Armee im Umfang von 21,1 Milliarden Franken für die Jahre 2021 bis 2024. Mit der diesjährigen Armeebotschaft wird zudem ein Ausgabenwachstum von real 1,4% beschlossen. Dieses entspricht in etwa dem durchschnittlichen Wachstum der Bundesausgaben. Das Ausgabenwachstum wird notwendig, um den grossen Erneuerungsbedarf in der Luft und am Boden über die kommende Dekade hinweg zu bewältigen. Damit besteht ein direkter Konnex zwischen der Armeebotschaft 2020 und der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Mit der klaren Verabschiedung der Botschaft hat das Parlament die finanziellen Mittel für den Kauf neuer Flugzeuge genehmigt.

Erbrecht: Das fast hundertjährige Erbrecht wird modernisiert. Die Revision geht auf eine Motion von Felix Gutzwiller, zurück. Das Erbrecht soll flexibler ausgestaltet und an die stark geänderten demografischen, familiären und gesellschaftlichen Lebensrealitäten angepasst werden. Nach dem Ständerat hat sich am an dieser Session nun auch der Nationalrat dafür ausgesprochen. Jeweils mit Unterstützung der FDP haben nun beide Räte bereits zugestimmt, dass die gesetzlichen Pflichtteile der Nachkommen verkleinert und diejenigen der Eltern gänzlich entfallen. Damit kann der Erblasser freier

über sein Vermögen verfügen und so beispielsweise faktische Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner oder deren Kinder stärker begünstigen. Nicht angenommen wurde hingegen die Einführung eines gesetzlichen Unterstützungsanspruchs für faktische Lebenspartnerinnen und -partner, die nach dem Tod ihres Partners oder ihrer Partnerin in finanzielle Not geraten. Auch die Mehrheit der FDP hatte diese Änderung abgelehnt, da die Regelung schwer umzusetzen wäre und zu komplexen Erbstreitigkeiten führen würde. Die kleine Kammer diskutiert voraussichtlich in der Wintersession

Automatische Vertragsverlängerungen: Der Ruf nach mehr Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten bei automatischen Vertragsverlängerungen ist verhallt. Der Nationalrat hat den von der FDP gestellten Antrag, auf die entsprechende Vorlage nicht einzutreten im zweiten Anlauf angenommen. Weil auch der Ständerat in der Sommersession bereits nicht eingetreten war, bleibt es beim Status quo. Die von der Nationalratskommission ausgearbeitete Gesetzesänderung sah vor, dass Konsumenten spätestens ein Monat vor der erstmaligen automatischen Verlängerung eines Vertragsverhältnisses benachrichtigt werden müssen. In der Nachricht sollte ausdrücklich auf das vereinbarte Recht zur Beendigung des Vertrages hingewiesen werden. Die FDP hatte sich von Anfang an gegen die Vorlage gewehrt. Sie konnte nun auch eine Mehrheit im Nationalrat überzeugen und damit diesen unnötigen Eingriff in die Vertragsfreiheit und Einführung zusätzlicher bürokratischer Lasten für unsere Unternehmen verhindern.

Anpassung Personenstandsregister: Menschen mit einer Transidentität und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung sollen ihr Geschlecht und den Vornamen im Personenstandsregister unbürokratisch ändern lassen können. Nach dem Ständerat unterstützt auch der Nationalrat diesen Vorschlag. Der Nationalrat hiess die entsprechende Anpassung des Zivilgesetzbuches mit 121 zu 61 Stimmen bei 13 Enthaltungen gut. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat. Noch geklärt werden muss die Frage, ob bei Minderjährigen für die Änderung die Zustimmung der Eltern oder der gesetzlichen Vertreter erforderlich ist. Der Nationalrat strich mit Unterstützung einer Mehrheit der FDP-Fraktion den fraglichen Artikel aus der Vorlage. Der Ständerat und der Bundesrat dagegen befürworteten die Zustimmung der Eltern.

Kinderrechte: Nach dem Ständerat hat sich an dieser Session auch der Nationalrat gegen den Willen des Bundesrats für die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte ausgesprochen. Er hat die entsprechende Motion von Ruedi Noser (FDP/ZH) mit 137 zu 46 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen. Damit werden Lücken in diesem Bereich geschlossen und auch Forderungen der Uno und des Europarats erfüllt. Die Landesregierung muss nun die entsprechenden Gesetzesgrundlagen ausarbeiten.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB): Das neue EHB-Gesetz stellt das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) auf eine solide rechtliche Grundlage. Es ermöglicht zudem die Akkreditierung als pädagogische Hochschule. Nach dem Ständerat hat an dieser Session auch der Nationalrat mit Unterstützung der FDP der Vorlage zugestimmt. Der Ständerat hatte im Gesetz ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt institutionalisiert wird. Der Nationalrat stimmte dem stillschweigend zu. In der Gesamt Abstimmung nahm er das

Remboursement de la TVA (Billag) : La TVA perçue en trop sur la redevance radio-TV entre 2010 et 2015 sera remboursée. Environ 185 millions de francs seront ainsi remboursés. Le forfait de 50 francs sera déduit de la facture de la redevance. La déduction sera accordée à tous les ménages privés et collectifs (homes, EMS, hôpitaux, internats) qui recevront une facture de Serafe durant l'année de remboursement et qui, à ce moment-là, ne sont pas exonérés du paiement de la redevance. Les entreprises doivent aussi profiter de cette indemnité forfaitaire. Les élus Libéraux-Radicaux se sont rangés derrière ce texte.

Contre-projet à l'initiative des soins : Au grand dam du groupe libéral-radical, le National maintient sa position et souhaite, contrairement aux Etats, aujourd'hui déjà mettre en œuvre l'initiative populaire sur les soins infirmiers. Le PLR estime certes qu'une offensive de formation est nécessaire dans ce domaine,

raison pour laquelle il se prononce en faveur d'un contre-projet. Il rejette cependant la disposition du National qui prévoit d'octroyer la possibilité au personnel infirmier de facturer certaines prestations directement à la charge de la LAMal. Il est regrettable que la majorité du centre gauche s'oppose au mécanisme de contrôle de l'évolution que constitueraient les conventions avec les assureurs.

Vignette électronique : Les Suisses pourront choisir dès 2022 entre une vignette autoroutière électronique et l'autocollant à placer sur le pare-brise. Après le Conseil des Etats, le National a adopté mercredi l'introduction de ce nouveau système. Le nouveau système permettra aussi de faire des économies. Les dernières divergences seront traitées lors de la session d'hiver.

Congé adoption : Le National a adopté un projet prévoyant la création d'un congé de deux semaines lors de l'adoption d'un enfant pour les parents qui exercent une activité lucrative. Ce congé serait financé par les allocations pour perte de gain. Une majorité du groupe libéral-radical y est opposée. Elle estime que l'adoption est une décision relevant de la responsabilité individuelle. Les parents qui adoptent doivent aussi être prêts à s'organiser et à prendre du temps pour accueillir leur enfant. Contrairement à la maternité, l'adoption n'est en outre pas liée directement à un accouchement et n'induit pas la nécessité de protéger la santé de la mère. L'intention est louable, mais cette nouvelle assurance ne comble aucune lacune de la loi. Il faudrait plutôt lever les contraintes administratives à l'adoption ou à la procréation médicalement assistée.

14. Geschäfte des Ständerats

Blockchain: Die Schweiz soll sich als Standort für die Blockchain- und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) weiterentwickeln können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat Gesetzesänderungen zugestimmt, welche die Rahmenbedingungen für diese Industrie verbessern sollen. Rechtssicherheit und ein gutes Umfeld für Innovation sollen Tech-Unternehmen und Investoren in die Schweiz locken. Der Nationalrat hatte verschiedene Anpassungen an der Vorlage gemacht, der die kleine Kammer hat diese unverändert übernommen. Die FDP hat die Vorlage von Beginn weg begrüsst. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung.

Informationstechnologie: Kredite von insgesamt 560 Millionen Franken für neue Software für die Geschäftsprozesse der Bundesverwaltung sind unter Dach und Fach. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat zwei Verpflichtungskrediten zugestimmt. Ohne Gegenstimme bewilligte die kleine Kammer 320 Millionen Franken für das zivile Programm "Superb" und 240 Millionen Franken für das militärische Programm "ERP Systeme V/ar". Inklusive Eigenleistungen kostet die Umstellung 780 Millionen Franken. Die Umstellung ist nötig, weil die heute in der Bundesverwaltung eingesetzten SAP-Systeme vom Hersteller per Ende 2027 nicht mehr unterstützt werden. Die FDP unterstützt das Geschäft.

Geldwäscherei: Der Ständerat hat an dieser Session das angepasste Gesetz gegen Geldwäscherei mit einstimmiger Unterstützung der FDP-Gruppe angenommen. Wichtige Punkte lehnte der Ständerat dabei jedoch ab: Der Bundesrat wollte damit unter anderem Anwältinnen und Anwälte an strengere Sorgfaltspflichten binden. Diese Verschärfung hat der Ständerat gestrichen. Der Nationalrat war mit der grossen Mehrheit der FDP Fraktion wegen dieser Bestimmung im Frühling nicht einmal auf die Vorlage eingetreten. Der Ständerat sagte auch Nein zum tieferen Schwellenwert, ab dem Edelmetall- und Edelsteinhändler bei Barbezahlung Sorgfaltspflichten einhalten müssen. Weitere Anpassungen betreffen Vereine, die im Ausland Geld sammeln oder verteilen. Die Vorlage geht nun zurück in den Nationalrat, der im Winter entscheiden wird, ob auf die vom Ständerat veränderte Vorlage nun eintreten möchte.

Horizon 2021-27: Die Schweiz soll bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes Horizon dabei sein können. Der Ständerat hat die für die Teilnahme in den Jahren 2021 bis 2027 notwendigen Gelder in Höhe von 6,15 Milliarden Franken mit der einstimmigen Unterstützung der FDP sowie insgesamt mit 37 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen gesprochen. Doch erst wenn die Botschaft verabschiedet ist, kann die Schweiz mit der EU über die Assoziierung an Horizon Europe verhandeln. Als nächstes ist nun der Nationalrat am Zug über die notwendigen Gelder zu entscheiden.

Frühförderung: Kinder sollen mit weniger grossen Unterschieden in ihrer Entwicklung in die Schulkarriere starten. Der Ständerat beriet eine Vorlage, welches den Bund verpflichten will, die Kantone bei der Frühförderung finanziell zu unterstützen. Er lehnte mit Unterstützung der Mehrheit der FDP die entsprechende Gesetzesänderung und dazugehörige Finanzierung mit 24 zu 18 bzw. 25 zu 16 Stimmen ab. Vorgesehen ist, dass der Bund pro Jahr höchstens vier Kantone einmalig Finanzhilfen gewähren kann, und zwar für die Dauer von je drei Jahren und in Höhe von jährlich 100'000 Franken. Insgesamt sollen in den nächsten zehn Jahren 8,45 Millionen Franken eingesetzt werden. Die FDP hatte sich bereits an der vergangenen Session im Nationalrat, dafür eingesetzt, nicht auf die Vorlage einzutreten bzw. diese abzulehnen – war aber in der grossen Kammer noch unterlegen. Auch die FDP sieht einen grossen Nutzen in der Frühförderung. Allerdings sieht sie auch einen hohen Wert in unserem föderalen Staatsaufbau. Diesem widerspricht die Vorlage, denn die Frühförderung stellt eine kantonale und keine Bundeskompetenz dar. Angesichts der verhältnismässig geringen Beiträge pro Kanton ist zudem nicht vorstellbar, dass die Kantone diese Beträge nicht selber aufbringen könnten und ohne diese Unterstützung des Bundes ihre Frühförderungsprojekte nicht umsetzen würden. Nach dem Nichteintreten des Ständerats geht das Geschäft nun wieder zurück an den Nationalrat.

Volet de mesures santé (1a): Après l'avoir retouché, le Conseil des Etats – élus PLR inclus - a adopté un projet visant à réduire la facture de l'assurance-maladie obligatoire. Tous les acteurs devraient obtenir des instruments pour contribuer à la maîtrise des coûts dans l'assurance obligatoire de soin. Ce paquet a été scindé en deux projets au National. Le Conseil des Etats s'est prononcé sur quatre mesures. Premièrement, il s'oppose à la création d'une structure uniforme pour les tarifs des forfaits dans l'ambulatoire. Deuxièmement, il soutient le nouvel article permettant la réalisation de projets pilotes en dehors du cadre de la LAMal. Troisièmement, l'envoi d'une copie de la facture au patient doit devenir la norme dans le système du tiers payant. Enfin, la création d'une organisation tarifaire nationale aussi pour le domaine ambulatoire a été saluée.

15. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

[20.4063 Motion. FDP-Liberale Fraktion \(Sprecher NR Matthias Jauslin\). Schluss mit Blackbox – Klimaschutz, Energiesicherheit und Infrastrukturnutzung dank Untergrund-Erforschung](#)

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, ein Programm zur schweizweiten Erkundung des Untergrunds vorzulegen. Das Programm soll das ungenügende Wissen über den Untergrund verbessern und möglichst engmaschig Daten liefern. Dadurch werden die Voraussetzungen geschaffen, um den Untergrund insbesondere zur Ressourcengewinnung (Wärme, Strom, Mineralien), zur Speicherung (u.a. Wärme, Kälte, CO₂) oder für die Infrastrukturverlagerung (z.B. Verkehr) nutzen zu können.

[20.4062 Motion. FDP-Liberale Fraktion \(Sprecher NR Rocco Cattaneo\). Bürgerinnen- und Bürgerdienst: Weiterentwicklung des Milizsystems und Sicherung der Bestände](#)

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Botschaft und die entsprechende Anpassung des rechtlichen Rahmens zur Einführung eines allgemeinen Bürgerinnen- und Bürgerdienstes zu unterbreiten. Die Vorlage berücksichtigt die sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen, demographischen, gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen und Bedürfnisse. Die Kantone sind einzubeziehen. Die Vorlage äussert sich u.a. zu den Aufgabengebieten, der Länge der Dienstpflicht und Anzahl Dienstage, der Organisation sowie den völkerrechtlichen Verpflichtungen. Die Bestände von Armee und Zivilschutz müssen garantiert sein.

16. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Herbstsession abgeschlossen. 22 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach:

- › mit 129 zu 59 Stimmen bei 8 Enthaltungen (Nationalrat) und 33 zu 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Ständerat) das CO₂-Gesetz, das verschiedene klimapolitische Massnahmen zur Verminderung von Treibhausgasemissionen bis 2030 enthält;
- › mit 153 zu 36 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das dringliche Covid-19-Gesetz, mit welchem die Corona-Notverordnungen wo notwendig in ordentliches Recht überführt werden, darunter Finanzhilfen für Selbstständige und Härtefälle;
- › mit 148 zu 46 Stimmen bei einer Enthaltung und 38 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen das dringliche Bundesgesetz über die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise, mit welchem das Parlament dem krisengeschüttelten ÖV bis Ende 2021 mit rund 900 Millionen Franken unter die Arme greift;
- › mit 194 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die dringliche Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, welche die rechtliche Grundlage für die Zusatzfinanzierung der Arbeitslosenversicherung in der Corona-Krise gibt;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die dringliche Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge, mit welcher die Auffangeinrichtung der zweiten Säule angesichts möglicher Schwierigkeiten wegen der Coronavirus-Pandemie Mittel aus dem Freizügigkeitsbereich zinslos bei der Bundestresorerie anlegen kann, sofern ihr Deckungsgrad die Schwelle von 105 Prozent unterschreitet;
- › mit 141 zu 54 Stimmen bei einer Enthaltung und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Totalrevision des 28 Jahre alten Datenschutzgesetzes, mit dem die Regeln für die Datenbearbeitung an die heutige Zeit und an das EU-Recht angepasst werden;
- › mit 128 zu 34 Stimmen bei 34 Enthaltungen und 37 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Verschärfung des Strafrechts im Kampf gegen den Terrorismus mit einer neuen Bestimmung, die das Anwerben, die Ausbildung und Reisen im Hinblick auf einen Terrorakt unter Strafe stellt;
- › mit 112 zu 84 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 33 zu 11 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus, das der Polizei präventive Massnahmen gegen sogenannte terroristische Gefährder in die Hand gibt;
- › mit 115 zu 81 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 37 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen Änderungen des Betäubungsmittelgesetzes, womit in der Schweiz Pilotstudien zur kontrollierten Cannabis-Abgabe durchgeführt werden können;
- › mit 107 zu 81 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 31 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Trinkwasserinitiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 111 zu 78 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 31 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Bundesbeschluss, mit dem das Parlament die Pestizidinitiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 79 zu 78 Stimmen bei 38 Enthaltungen und 29 zu 4 Stimmen bei 11 Enthaltungen das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Saudi-Arabien, das wie andere ähnliche Abkommen eine Doppelbesteuerung bei Einkommens- und Vermögenssteuern verhindern soll;
- › mit 124 zu 28 Stimmen bei 44 Enthaltungen und 37 zu 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen der Bundesbeschluss über das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (Etias) und mit 123 zu 31 Stimmen bei 42 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung die damit einhergehende Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, mit welcher die Einreisebedingungen für Angehörige von Drittstaaten in der Schweiz neu geregelt wird;
- › mit 155 zu 41 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 35 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung das Vorläuferstoffgesetz, mit dem der Kauf bestimmter Substanzen zum Bombenbau erschwert wird;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung der Strafprozessordnung, welche den Behörden die Rechtsgrundlage für eine Sicherheitshaft gibt;
- › mit 195 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter

- elektronischer Register, welches die Rahmenbedingungen für die Blockchain- und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) verbessern soll;
- › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die pauschale Vergütung der Mehrwertsteuer auf den Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen, welches die Rückerstattung von 50 Franken an die Haushalte wegen unrechtmässig erhobener Gebühren regelt;
 - › im Rahmen der Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2021-2024 mit 194 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, mit 194 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation sowie mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern in reglementierten Berufen;
 - › im Rahmen der Kulturförderung in den Jahren 2021-2024 mit 181 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung und 39 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen das Kulturförderungsgesetz, mit 183 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung und 40 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Kulturgütertransfergesetz, mit 193 zu 3 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Nationalbibliotheksgesetz sowie mit 194 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 41 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Sprachengesetz;
 - › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung, das neben internationaler Lernmobilität und Kooperation von Institutionen und Organisationen ausdrücklich auch die Teilnahme an internationalen Programmen umfasst;
 - › mit 195 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland, das Britinnen und Briten in der Schweiz und Schweizerinnen und Schweizer in Grossbritannien nach dem Brexit ermöglichen soll, ihre Rechte zu behalten;
 - › mit 196 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das EHB-Gesetz, welches die Umwandlung des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) in eine Hochschule regelt.

Mit Ausnahme der Abstimmungsempfehlungen zu den Volksinitiativen unterstehen die Entscheide dem fakultativen Referendum. Ein solches steht beim CO₂-Gesetz und beim Covid-19-Gesetz im Raum.